

6 Die *Versicherheitlichungen* im postkolonialen *Statebuilding* unter französischer Mandatsverwaltung

»Mon devoir est de tout mettre en œuvre pour ramener le calme dans les esprits et pour assurer la sécurité des citoyens [...] la France vous aidera, comme elle vous a aidés [...]«¹

(Hochkommissar Xavier Torr , Communiqué, 9.7.1958, ANOM DPCT//43).

6.1 Die Etablierung einer *Grammatik der Sicherheit*? – Postkoloniales *Statebuilding* als *Versicherheitlichung*

Mit dem obigen Zitat betonte Hochkommissar Torr  1958 zwei Dimensionen seiner Präsenz in Kamerun: Zum einen verweist er darauf, dass es seine Aufgabe als Hochkommissar sei, die Sicherheit der kamerunischen Einwohner_innen zu gewährleisten, die durch Bedrohungen gefährdet sei. Zum anderen stellte Torr  die Beziehung zwischen Frankreich und Kamerun als unterstützend heraus. Dieses Zitat pointiert das Argument dieses Kapitels: Die französische Mandatsverwaltung versuchte mittels *Versicherheitlichungen*, die eigene Legitimität und Autorität im Treuhandgebiet herzustellen, und prägte damit eine *Grammatik der Sicherheit*. Um diese These zu belegen, werde ich illustrieren, wie Frankreich als Mandatsmacht in Kamerun das UN-Treuhandmandat ausführte und auf welche Weise der zukünftige Staat Kamerun aufgebaut werden sollte. Dabei werde ich zeigen, dass die französische Verwaltung eine *Grammatik der Sicherheit* konstruierte, die die französische Imagination über den zukünftigen kamerunischen Staat sowie die Beziehung zwischen Frankreich und Kamerun prägte – und die nicht ohne Kenntnis der kolonialen Praktiken

1 Übersetzung: »Es ist meine Aufgabe, alles in Bewegung zu setzen, um die Ruhe in den Köpfen zurückzuholen und die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten [...] Frankreich wird euch helfen, so wie es euch geholfen hat [...]«.

und Muster zu verstehen ist (Go, 2016, p. 114). Wie im Kapitel 4.3. dargelegt, analysiere ich den *Statebuilding*-Prozess als Feld, in dem unterschiedliche Akteure um Macht, Legitimität und Autorität ringen, was sich in den Konstruktionen von Sicherheit, Unsicherheit und Bedrohungen ausdrückt. Durch die Analyse von Sicherheitssprechakten kann ich Momente der Veränderung, Kontinuität und Diskontinuität während der Transitionszeit ausmachen. Leitend waren folgende Fragen: Welche Akteure können eine Bedrohung der Sicherheitslage artikulieren und wer ist davon ausgeschlossen? Wie wird Sicherheitskommunikation genutzt, um bestimmte Politiken zu legitimieren? Welches Set an Politiken, aber auch welche Akteure entstehen durch Sicherheitssprechen? Sicherheitssprechakte enthüllen über ihren strategischen Einsatz, welche Themen und Politikfelder als wichtig erachtet wurden; sie erfüllen nach Vuori (2008) verschiedene Funktion, wie zuvor in Kapitel 5.2.3 erläutert. Über die funktionale Auswertung kann ich Sicherheitssprechakte miteinander in Beziehung setzen und, wie ich in diesem Kapitel argumentiere, eine *Grammatik der Sicherheit* herausarbeiten; diese Grammatik drückt sich in den Narrativen der *kamerunisch-französischen Freundschaft*, der *nationalen Einheit*, des *bedrohten Staates* sowie *der Demokratie und der politischen Reife* aus. Grundlage für dieses Kapitel ist archivarisches Material aus der französischen Verwaltung. Ausgewertet wurden dabei die Dokumente, die als *Note de Renseignement*, *Sûreté* und *Politique* aus den Jahren 1955-1960 klassifiziert wurden: Damit Akten der Verwaltungsabteilungen, die für das Themenfeld Sicherheit von Bedeutung sind. In den Mittelpunkt der Analyse stelle ich die *Événements du Mai 1955* und das anschließende Verbot der antikolonialen Partei UPC sowie die Wahlen im Dezember 1956. Im Folgenden werde ich zunächst das Konzept des postkolonialen Sicherheitssprechaktes vorstellen, bevor ich mich im empirischen Teil der Entwicklung der *Grammatik der Sicherheit* widme.

6.1.1 Konzeptualisierungen: Der postkoloniale Sicherheitssprechakt

Im Kapitel 4 habe ich meinen *postkolonial-informierten Versicherheitlichungsansatz* vorgestellt. Auf dieser Grundlage erläutere ich nun mein Konzept des postkolonialen Sicherheitssprechaktes, das sich aus dem Sprechaktkonzept der Kopenhagener Schule, der Pariser Kritik sowie einem postkolonialen Repräsentationskonzept zusammensetzt. *Versicherheitlichungsansätze* verstehen Sicherheit als sozialen, selbstreferentiellen Prozess, in dem ein Themenfeld als so bedeutsam eingestuft wird, dass es aus dem normalen Politikalltag herausgehoben wird, wodurch außergewöhnliche Maßnahmen möglich werden. Im Zentrum von *Versicherheitlichungsprozessen* steht damit ein Sprechakt: Ein empirischer Gegenstand ist aus dieser Perspektive nicht aus sich heraus eine Bedrohung, sondern muss diskursiv erst zu dieser gemacht werden. *Sicherheitsäußerungen* bedeuten demnach mehr, als etwas sachlich zu sagen oder zu beschreiben; die Kommunikation von Sicherheit füh-

re vielmehr zur Ausführung einer Handlung (Floyd, 2010). Diese Sicht basiert auf Austins Konzept der »performative utterances« (Austin, 1986): Austin erklärt am Beispiel des Sprechaktes »I do« bei Hochzeiten, dass in dem Moment des Aussprechens die Hochzeit vollzogen und der Sprechakt gleichzeitig performativ ausgeführt wird. In der Konzeption des performativen Sprechakts unterscheidet Austin drei Dimensionen:

»*locutionary act* (whereby meaning is given to a certain utterance), the *illocutionary act* (constitutes a meaningful utterance coupled with a performative force) and *perlocutionary act* (is a meaningful utterance coupled with a certain force that brings about an unconventional effect)« (Floyd, 2010, p. 13). (Hervorhebung M.K.)

In der *Versicherheitlichungs*literatur wird vor allem auf die Konzeption des Sprechaktes als *illocutionary act* verwiesen. Entscheidend für den Sicherheitssprechakt ist nun, dass er öffentlich geäußert wird und Intention, Motivation oder Moral keine Rolle spielen, wohl aber Öffentlichkeit und Selbstreferentialität:

»Security thinking does not mean how the actors think, which would be rather difficult to uncover – and not at all interesting. What is up for discussion here is *how and what they think aloud*. That is, the thinking they contribute to the public debate/political process; »public logic«. What we investigate is the *political process* – not the isolated, individual formation for ideas, that are afterwards put into the political interplay« (Wæver, 1997, pp. 116-117; Hervorhebung M. K.).

Folgerichtig beziehen sich meine Analysen in diesem Kapitel (6) vor allem auf öffentlich geäußerte Deutungen sowie auf deren öffentliche Umstrittenheit. Verweisen möchte ich vorweg auch, der Pariser Schule folgend, auf das potentielle Auseinanderfallen von Diskursen und Praktiken: So können Sicherheitspraktiken in Form von Routinen oder bürokratischen Akten auch dann bedrohlich sein und eine Atmosphäre der Unsicherheit schaffen, wenn sie nicht öffentlich also solche benannt wurden (Côté-Boucher et al., 2014).

Erfolgsbedingungen für einen Sicherheitssprechakt

Im Prozess der *Versicherheitlichung* spielen Machtverhältnisse eine entscheidende Rolle: »[S]ecuritization is better understood as *strategic* (pragmatic) practice that occurs within, an as part of, *a configuration of circumstances*, including the context, the psycho-cultural disposition of the audience, and *the power* that both speaker and listener bring to the interaction« (Balzacq 2011 p. 1; Hervorhebung M. K.). Ebenso zentral sind der zeitliche Kontext und der diskursive Resonanzboden. Um den diskursiven Resonanzboden zu erfassen, macht Wæver – unter Verweis auf Austin (1962) – drei *facilitating conditions* aus, die den Erfolg von *Versicherheitlichungen* bedingen: die *Grammatik oder das Skript von Sicherheit* (1); das soziale Kapital des Sprechenden (2); die Bedingungen, die an die Bedrohung geknüpft sind (3) (Weaver

2000, pp. 252-253). Bigo fügte diesen Bedingungen eine vierte hinzu: die *Audience* (zitiert nach Vuori 2008, p. 70). Dieses »Add-on« bezieht sich auf das Publikum, das von der artikulierten Bedrohung nämlich hinreichend überzeugt sein muss, damit besondere Sicherheitsmaßnahmen sich rechtfertigen lassen. Alle vier Bedingungen werden adressiert werden; in diesem Kapitel (6.1.) steht die Entwicklung und Etablierung einer *Grammatik der Sicherheit* seitens der französischen Verwaltung im Vordergrund.

Funktionen von Versicherheitlichung

Um die Sicherheitssprechakte von verschiedenen Akteuren auf unterschiedlichen Ebenen miteinander in Beziehung zu setzen, habe ich Vuoris funktionale Unterscheidung von Sicherheitssprechakten genutzt. Vuori (2014, 2008) erweiterte die Annahmen bezüglich des Sprechaktes von Buzan et al. um Austins *perlocutionary logic* (also um die dritte Dimension des Sprechaktes in Austins Modell). Damit bezweckte er eine Systematisierung von Sprechakten und dass verschiedene Arten oder Modi von *Versicherheitlichungen* sowie deren Effekte und Funktionen sichtbar werden. Vuori betont, dass Sicherheitssprechakte verschiedenen politischen Funktionen dienen können: »The complex act of securitization can contain several kinds of *perlocutionary* intentions and effects, and thus, that *securitization* can be utilized for a range of political purposes« (Vuori, 2008, p. 66) (Hervorhebung M.K.). Auf diese Weise kann ermittelt werden, wer welche Themen und Bedrohungen versicherheitlichen kann und vor wem, warum und mit welchen Effekten und unter welchen Bedingungen geschützt werden soll – was letztlich erklärt, wann *Versicherheitlichung* erfolgreich ist (Vuori, 2008, p. 68). Mit der Analyse nach Funktionen kann ich auf die Wirkung, Resonanz und Konsequenzen des Sicherheitssprechens verschiedener Akteure eingehen. Bei der Analyse funktionaler Kriterien wird Legitimität zum entscheidenden Konzept. Denn jede soziale Institution ist darauf angewiesen, dass Schlüsselakteure von der Legitimität des_r Sicherheitssprecher_in hinreichend überzeugt sind (Vuori, 2008, p. 68). Dies gilt in demokratischen wie auch in nicht-demokratischen politischen Systemen, obgleich die Anzahl an Schlüsselakteuren, die von der Legitimität der Sicherheitssprecher_in überzeugt sein müssen, in autoritären Regimen deutlich geringer sein können (Vuori, 2008, p. 69). Vuori zufolge verweisen Protest, Revolten und Demonstrationen gegen autoritäre Regime auf einen Bruch in der Legitimationskette, folglich sind entscheidend für die Konstruktion von Sicherheit (ibid). Somit können auch Akteure außerhalb der staatlichen Machtstrukturen Sicherheit sprechen, um bestimmte strategische Ziele zu erreichen. Diese Konzeptualisierung des Sprechaktes macht Legitimität zum Konfliktgegenstand; sie zu erringen erfordert bei verschiedenen Publika unterschiedliche Strategien.

Postkoloniale Kritik und der subalterne Standpunkt

Die spezifischen Wahrnehmungen von Bedrohung und Unsicherheit im Sicherheitssprechen führen im kamerunischen Dekolonisierungskonflikt zu konkurrierenden Ansprüchen an Legitimität und Repräsentation. Die Akteure berufen sich in ihren Sicherheitssprechakten auf verschiedene Repräsentationssysteme – wie den *Kalten Krieg* oder der *antikoloniale Befreiungskampf* –, worin sich die Handlungsmuster einordnen. Für das Verständnis des Repräsentationssystems des *antikolonialen Befreiungskampfes* nutzte ich die Orientalismuskritik von Said (1994, 1979). Said entwickelte eine Kritik am kolonialen Diskurs und thematisiert dabei den Zusammenhang von Wissen und Macht: Akteure, die über Macht verfügen, haben die Kontrolle über Art und Weisen von Wissen. Dieser Zusammenhang ist in der kolonialen Situation von essentieller Bedeutung; denn der Diskurs darüber, was das richtige Wissen über den *Orient* sei, entscheidet über Macht, Autorität und Legitimität, diesen zu kontrollieren. Said kritisiert den Willen europäischer Nationen, geleitet von europäischen Konzepten wie Rationalität, Disziplin und Wahrheit, Kontrolle über den Rest der Welt auszuüben. In Bezug auf das Thema Sicherheit lässt sich diesbezüglich kritisch fragen: Wer kann entscheiden, welche Situation als unsicher wahrgenommen wird? Welchem Unsicherheitsempfinden wird Priorität eingeräumt? Saims Orientalismuskonzept bildet die Grundlage dafür, die wechselseitige Konstitution von Selbst- und Fremdrepräsentationen zu verstehen: So lässt sich der Orient als eine europäische Erfindung, die ein einheitliches Lacan'sches *Anderes* (Zizek, 2001) entwirft, erkennen. Dass Orient und Okzident als Gegensatzpaar konstruiert werden, liegt jeder europäischen Auseinandersetzung mit außereuropäischen Gesellschaften zugrunde: Europäische Eliten sehen sich selbst als Vertreter_innen einer modernen, liberalen, rationalen, gerechten und zivilisierten Gesellschaft; als *Anderes* werden geschichtslose, irrationale, wilde, grausame und/oder barbarische Gesellschaften konstruiert, die noch nicht auf dem Entwicklungsstand europäischer Gesellschaften stünden. Diese essentialistische und rassistische Konstruktion des außereuropäischen Anderen machte es Europa möglich, Autorität gegenüber dem Orient zu legitimieren, Ressourcen auszubeuten und hegemonial über Bewohner_innen zu bestimmen (Said, 1979, p. 8). Mit Saims Analyse lassen sich die unterschiedlichen Standpunkte, die im kamerunischen Konflikt konstruiert wurden und in die sich Sicherheitssprechen einbettet, erkennen. Um das Auseinanderfallen unterschiedlicher Sicherheitsempfindungen in Kamerun zu verstehen, ist das Konzept der postkolonialen Positionalität von Bedeutung. Um auf Positionalität im Sicherheitssprechen einzugehen, greife ich auf Gos *subaltern standpoint* (Go, 2016, p. 143) zurück – »[f]rom different standpoints, they saw different things« (Go, 2016, p. 154): Es gibt demnach kein globales Sicherheitsempfinden, sondern dieses ist immer relational und abhängig vom jeweiligen Standpunkt. Einen *subalternen Standpunkt* innezuhaben, bedeutet, innerhalb von »geopolitics and global

social hierarchy« (Go, 2016, p. 159) positioniert zu sein, das heißt, dass Standpunkte relational und nicht fixiert, je nach Konfiguration können sich Machtbeziehungen auch innerhalb einer marginalisierten Positionierung verschieben. Um koloniale Machtverhältnisse zu verstehen, ist ein Perspektivwechsel notwendig, um nämlich anderes und nicht sichtbares Wissen sichtbar zu machen – »to make the invisible visible« (Go, 2016, p. 161). Dieses Einbeziehen *subalternen Standpunkte* bedeutet nicht, diese spezifische Positionalität den anderen überzuordnen. Bei der Analyse postkolonialer Sicherheitssprechakte geht es vielmehr darum, die Narrative unterschiedlicher Akteure sichtbar zu machen und dadurch den Blick für die verschiedenen Effekte von Sicherheit zu schärfen. Auf diese Weise können Prozesse der Ver- und Entsicherheitlichung, die durch eine Eskalation von Gewalt bestimmt sind, in einer langen Verlaufsperspektive erklärt werden: Der *subalterne Standpunkt* offenbart, wie Sicherheitskonstruktionen auf verschiedene Positionierungen wirken können. Dafür nutzte ich Fanon, dessen Beobachtung der zweigeteilten Welt (Fanon, [1961] 1981, p. 31) der (algerischen) Kolonialgesellschaft Rückschlüsse darauf zulässt, wie Sicherheit, Unsicherheit und Bedrohung von den Kolonisierten wahrgenommen werden. Fanons Arbeit zeigt auf, dass mehr Sicherheitspraktiken nicht zwangsläufig zu mehr Sicherheit führen, sondern gegenteilig Unsicherheit und auch Gewalt schaffen können. Verweisen möchte ich in diesem Kontext auch auf die Arbeiten von W.E.B. DuBois ([1903] 2008), der Wirkungen und Effekte gesellschaftlicher (Un-)Sicherheit beschreibt und den Blick darauf lenkt, was Gesellschaften eigentlich verbindet. Fanon und W.E.B. DuBois machen neben anderen auf die Bedeutung der subjektiven Erfahrungen von Sicherheit für das Verständnis des spezifischen Kontexts aufmerksam. Dieses Interesse nach der Einbeziehung einer multiperspektivischen Perspektive formuliert Go in analytischer Perspektive folgendermaßen:

»Subjectivities are parts of these sites and so investigating them is imperative, but *understanding the context in which those subjectivities are embedded is also fundamental*. Subjectivities are important not for themselves, but because they *alert us to which dimensions of that context should grab our analytical attention*. The local site is merely scaffolding for moving upward to apprehend larger social formations« (Go, 2016, p. 170). [Hervorhebung M. K.]

Ebenso wie Go interessiert auch mich, in welchen spezifischen Kontext Subjektivitäten in Kamerun eingebettet sind und was sich konzeptionell aus der Analyse ihrer Positionierung ziehen lässt. Ich werde nun zunächst die Sicherheitskonstruktionen seitens der französischen Verwaltung darlegen, um im darauffolgenden Kapitel (6.2.) auf die Handlungsmacht der antikolonialen Akteure einzugehen.

6.1.2 Französische Sicherheitskonstruktionen zur Repräsentation Kameruns

Laut des Treuhandabkommens von 1946 zwischen Frankreich und der UN sollte die Treuhandzeit dazu dienen, den ökonomischen und sozialen Fortschritt der *native population* (Art 7 Treuhandabkommen, ANOM FM DPCT//3) zu fördern. Die französische Verwaltung baute eine tiefgreifende Verwaltungsstruktur auf: Der Hochkommissar stand an der Spitze, weiterhin gab es verschiedene administrative Einheiten, die ihm zuarbeiteten. Untergeordnet waren u.a. eine Abteilung für Sicherheit und eine für politische und ökonomische Angelegenheiten sowie einzelne Regionalabteilungen, die sich über das Land verteilten. Diplomatische Vertreter_innen in New York sowie das *Ministerium für die französischen Übersee-Départements* unterstützten die Verwaltungsstruktur (UN-Report 1952, ANOM 1AFFPOL/930).

Die französische Verwaltung produzierte im Verlauf der Treuhandzeit viele Statistiken, Daten und Informationen über die Entwicklung des Treuhandgebietes, die intern zirkulierten und der UN in Jahresberichten zur Verfügung gestellt wurden. Ihr Handeln vor Ort begründete sie mit dem UN-Treuhandmandat, das am 13.12.1946 unterzeichnet wurde. Dies drückt sich auch in den Sicherheitssprechakten aus: In vielen Dokumenten zeigt sich die französische Verwaltung überzeugt davon, damit die legitime Repräsentation der kamerunischen Gesellschaft zu übernehmen und diese in einen souveränen Staat zu überführen. Auch die Selbstpräsentation der Hochkommissare spiegelt diese Sicht wieder (Hochkommissar Xavier Torr , Communiqué, 9.7.1958, ANOM DPCT//43)²; so wurde beispielsweise auf das *Décret Numéro 57501, Art. 40*, verwiesen, das besagt, dass der Hochkommissar für die Sicherheit im Land verantwortlich sei (*Note sur l'Organisation de la Défense, de la sécurité extérieure et intérieure et du maintien de l'ordre, dans l'état sous Tutelle du Cameroun*, 16.4.1957, ANOM FM DPCT//23).³ Diese Letztentscheidungskompe-

- 2 Siehe auch: »Mon devoir est de tout mettre en œuvre pour ramener le calme dans les esprits et pour assurer la sécurité des citoyens [...] la France vous aidera, comme elle vous a aidés, mais elle ne peut se passer de votre concours, de la collaboration active de toutes les populations camerounaises, d'une prise de conscience par vous-mêmes des intérêts supérieurs du Cameroun.« Übersetzung: »Es ist meine Aufgabe, alles in Bewegung zu setzen, um die Ruhe in den Köpfen zurückzuholen und die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten [...] Frankreich wird euch helfen, so wie es euch geholfen hat, aber es kann nicht auf euren Beitrag, auf die aktive Zusammenarbeit aller kamerunischen Bevölkerungsgruppen, auf eure eigene Bewusstmachung der übergeordneten Interessen Kameruns verzichten« (Hochkommissar Xavier Torr , Communiqué, 9.7.1958, ANOM DPCT//43).
- 3 Dazu folgendes Zitat: »[...] Le Haut-Commissaire [...] il reçoit du Premier Ministre les renseignements intéressants la mise en œuvre de la défense et notamment la protection civile.« Weiterhin sagt Art. 41  ber die Kompetenzen des Hochkommissars: »Le Haut-Commissaire a la responsabilité de l'ordre public et assure la sécurité des personnes et des biens.« Übersetzung: »Der Hochkommissar trägt die Verantwortung für die öffentliche Ordnung und gewährleistet die Sicherheit von Personen und Gütern.« Siehe ebenfalls: »Le Haut-Commissaire peut, en cas d'urgence

tenz bezüglich der Wahrung der öffentlichen Ordnung blieb über den Zeitpunkt der offiziellen Staatgründung hinaus bestehen, als es bereits eine kamerunische Regierung gab (Torré, Rapport de Sûreté, 16.1.1959, CAOM DPCT//36).⁴ In der Zeitung *La Vie Camerounaise* werden die französische Treuhandszeit und das Handeln der französischen Verwaltung als Erfolg bezeichnet (*La Vie Camerounaise*, 24.9.1955, p. 4., UNA S 0504 0043). Dieses Selbstverständnis und die Selbstkonstruktion, demokratisch und liberal zu handeln, wurden im Verlauf der Treuhandszeit verteidigt. Aus den untersuchten Dokumenten spricht die Annahme, dass allein die französische Verwaltung über die Legitimität verfüge, Ruhe, Stabilität und Ordnung zu sichern. In der verwaltungsnahen Tageszeitung *La Presse du Cameroun* wurde die frühe Phase der Treuhandszeit als sehr ruhig beschrieben, über Gewaltereignisse oder besondere Vorkommnisse wurde kaum berichtet. Thema waren positive ökonomischen Entwicklungen; diese galten als wichtigstes Ziel der französischen Bemühungen. Ab Mitte 1955 änderte sich die Berichterstattung der Zeitung jedoch: Angesichts anhaltender politischer Agitation wurde von einer Eskalation politischer Aktivitäten, von Streiks, Versammlungen und politischen Ideen gesprochen, aber auch von Gewalt, Rebellen, Überfällen, chaotischen Zuständen in Regionen außer Kontrolle, wie etwa Sanaga-Maritime (*La Presse du Cameroun* 15.1.1958) berichtet; in einer Meldung von 1958 wurde ein »Guerre Civile« proklamiert (*La Presse du Cameroun* 31.1.1958). Die französische Verwaltung setzte diskursiv auf die Sicherung der Stabilität und Ruhe im Treuhandsgebiet. Gleichzeitig wurde die Gefährlichkeit der UPC (international wie national) konstruiert und auf die Agenda des internationalen politischen Tagesgeschehens gesetzt. Die Repräsentationsansprüche der französischen Verwaltung zeigen sich nicht zuletzt in ihren Sicherheitssprechakten, die ich nachfolgend vorstellen werde.

prendre toute mesure utile pour la sauvegarde de l'ordre ou son rétablissement.« Übersetzung: »Der Hochkommissar kann, im Notfall, jegliche sinnvolle Maßnahme für den Schutz der Ordnung oder ihrer Wiederherstellung ergreifen« (Note sur l'Organisation de la Défense, de la sécurité extérieure et intérieure et du maintien de l'ordre, dans l'État sous Tutelle du Cameroun, 16.4.1957, ANOM FM DPCT//23).

- 4 »Le Gouvernement Camerounais va en effet recevoir du Gouvernement de la République tous les moyens nécessaires au maintien de l'ordre intérieur: Police, Garde, Postes et Brigades de Gendarmerie sont à sa disposition. Si la situation l'exigeait, il recevrait l'aide des forces françaises.« Übersetzung: »Die kamerunische Regierung wird von der Regierung der [französischen] Republik in der Tat alle nötigen Mittel für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung erhalten: Polizei, Nationalgarde, Gendarmerieposten und -brigaden stehen zu ihrer Verfügung. Insofern die Situation es erfordert, wird sie die Hilfe der französischen Streitkräfte erhalten« (Torré, Rapport de Sûreté, 16.1.1959, ANOM DPCT//36).

Ein Thema auf die Sicherheitsagenda setzen: Die Gefährlichkeit der UPC

In internen Dokumenten der französischen Verwaltung wurde die UPC sehr früh und überaus deutlich als Bedrohung für Kameruns Transition zu einem souveränen Staat, für die kamerunische Gesellschaft und für die öffentliche Ordnung konstruiert. Weiterhin wurden Gegner_innen politischer Maßnahmen, Nationalist_innen sowie Gewerkschaften als gefährlich konstruiert. Dies zeigte sich zum einen daran, dass oppositionelle Akteure recht früh umfassend überwacht und beobachtet wurden, zum anderen an der Abgrenzung zwischen legitimem politischem Handeln und unberechtigten Forderungen – eine diskursive Grenzziehung, die den politischen Handlungsspielraum verengte. Diese Handlungen spiegeln den Anspruch der französischen Verwaltung wider, den zukünftigen Staates zu repräsentieren und die administrative Kontrolle über das Territorium zu erhalten.

Insbesondere die UPC wurde während der Treuhandzeit als Bedrohung konstruiert: In vielen internen Berichten, in Briefen, Presseartikeln und Reden wurde sie als terroristisch, radikal, rebellisch und als inhärent gewaltvolle Organisation bezeichnet. Die UPC wurde mit Gewaltereignissen wie etwa Streiks oder der Zerstörung von Eigentum diskursiv verbunden. Ferner wurde früh von *upécistischen Kämpfern* gesprochen, was implizierte, dass Gewalthandlungen begangen worden sind – oder in Zukunft möglich seien. Weiterhin wurden im Zusammenhang mit der UPC Worte wie *Propaganda*, *Provokation* oder *Agitation* benutzt – eine Begriffswahl, die zeigt, dass jegliches Handeln der UPC als oppositionell oder widerständig bewertet wurde. Deutlich wird dies beispielsweise in Sicherheitsberichten, in dem Folgendes über die UPC berichtet wird: »Le comité central de Yaoundé par voie de tracts, vient de donner sa version des incidents provoqués le 16 Janvier à Mbalmayo, par les deux agents européens de la B.C.A. Il est évidemment question de gangsters, d'assassinats et du refus de rendre la justice« (*Report de Renseignement* vom Zeitraum 20.–22.1.1955, ANOM DPCT 27).⁵ Die UPC wurde hier also mit Kriminellen, die sich nicht an das Gesetz halten, assoziiert, womit die Gefährlichkeit der Partei betont wurde. Im selben Bericht wurde von Angriffen der UPC auf Aktivist_innen anderer politischer Richtungen berichtet, die nach einem Angriff im Krankenhaus behandelt werden mussten. Die UPC wurde umfassend beobachtet, bei sämtlichen Treffen oder Versammlung schien ein Informant_in der französischen Verwaltung vor Ort gewesen zu sein. Von Relevanz für die Verwaltung war dabei offenbar das Wissen um die Größe der Veranstaltungen, um die Anzahl der Mitglieder sowie die Finanzierungsquellen der UPC. Bereits 1955 soll es landesweit 450 UPC-Komitees gegeben haben (Joseph, 1974, p. 432). Mit Bezeichnungen

5 Übersetzung: »Mittels Flugblättern hat das Zentralkomitee von Yaounde soeben seine Version der Ereignisse, ausgelöst am 16. Januar in Mbalmayo, durch die beiden europäischen Offiziere der B.C.A. preisgegeben. Es ist die Rede von Gangstern, Morden und der Verweigerung von Rechtsprechung.«

wie *Terroristes*, *Rebelles*, Banditen oder Kriminelle wurden UPC-Mitglieder – und damit auch die politischen Forderungen der Partei – als illegitim konstruiert und dementsprechend zu minderwertigen Gegner_innen, die keine gerechte Behandlung verdient hätten, erklärt. Diese diskursiven Konstruktionen zeigen sich insbesondere in der Bewertung der politischen Handlungen der UPC. Angesichts der schwierigen ökonomischen Situation gelang es der UPC in der ersten Jahreshälfte 1955, viele Streiks zu organisieren, hauptsächlich in urbanen Ballungsräumen wie Douala oder Yaoundé. Aus Sicht der französischen Verwaltung belegten diese Streiks und Demonstrationen die Gefährlichkeit der UPC. In den periodischen Sicherheitsberichten der Verwaltung war häufig die Rede von turbulenten Auseinandersetzungen, Straßenkämpfen und dass Streiks »très grave« gewesen seien (ANOM DPCT 27). Zugleich wurde betont, dass Streiks erfolglos waren, die Kontrolle durch die französische Verwaltung und deren Sicherheitskräfte also erhalten blieb. Insgesamt zeichnet sich jedoch ab, dass die UPC zunehmend als gefährlich und als deutliche und wachsende Bedrohung konstruiert wurde – eine »Information«, die in den Sicherheitsberichten stetig wiederholt wurde.

Zukünftige Handlungen legitimieren: Dringender Handlungsbedarf

Bereits in der frühen Treuhandzeit wurde die UPC als bedrohlich und gefährlich konstruiert, wie sich in den Sicherheitsberichten zeigt. Unterstützt wurde diese Delegitimierungsstrategie von der katholischen Kirche in Kamerun, deren Bischöfe einen entsprechenden offenen Brief schrieben.⁶ Auch einige Parteien stimmten ein:

»recognizing and firmly convinced that Cameroon can be built and become rapidly emancipated under the combined influence of the two big entities, the European or French entity and the African or Cameroonian entity, asks the responsible persons of both entities to genuinely support our effort to curb the *damage that the agitation of the communist annex called UPC has cause this territory* [...]« (May 28, 1955, Atangana 2010, p. 44).

Die konstruierte Gefährlichkeit der UPC machte ein Eingreifen seitens der französischen Verwaltung immer dringender erforderlich. Ausführliche Analysen und Berichte der Sicherheitsdienste zu den Zielen und Vorstellungen der UPC begründeten ihre Gefährlichkeit mit der ideologischen Grundausrichtung der Partei; damit wurde der Resonanzboden für die strategische Delegitimierung der UPC be-

6 Aus dem Brief: »It is necessary that Christians recognize the undeniable danger signs of the parties that pretend to guide them. Some of them are opposed to the truth, to charity, to justice, to prudence. [...] Christians should not be fooled to false promises, or solemn claims from movements inspired by materialism. What did communism do everywhere where it appeared and under whatever name it presented itself?« (April 1955, Atangana 2010, p. 44).

reitet. Als problematisch galt die Nähe der UPC zu kommunistischen Ideen – eine Nähe, die stets unterstellt und nachzuweisen versucht wurde, während sie von UPC-Aktivist_innen selbst teilweise bestritten wurde (siehe Kapitel 6.2.). Die französische Verwaltung jedenfalls wertete die politische Richtung der Organisation als kommunistisch und damit als bedrohlich für ihre Konzeption des zukünftigen Staates ein. Als hauptsächliches Argument wurden internationale Kontakte zu kommunistischen Parteien in der UdSSR und in China sowie zu antikolonialen Aktivist_innen angeführt. Festgehalten wurde etwa, dass die UPC der französischen *Parti Communiste Français* (PCF) nahestehen und teilweise von ihr kofinanziert werde; weiterhin wurde die frühe Mitgliedschaft in der *Rassemblement Démocratique Africain* (RDA) als Beleg herangezogen. In diesem Kontext wurde auf Auslandsreisen von UPC-Vertreter_innen verwiesen, die fast ausschließlich in kommunistisch regierte Länder, wie etwa Bulgarien, Russland (UdSSR) oder China, geführt hätten (Rapport sur la UPC, 1955, ANOM DPCT 18). Beobachtet wurde außerdem eine langsame kommunistische Ideologisierung der UPC – mit der Folge einer zunehmenden Bedrohlichkeit –, wie in einem Sicherheitsbericht deutlich wird (*Note de Renseignement*, 29.1.–5.2. 1955, ANOM DPCT 27).⁷ An dieser Konstruktion (und an den dabei gewählten Begrifflichkeiten) zeigt sich, dass die französische Verwaltung die Aktivitäten der UPC im Sinne des Narrativs des kommunistischen Widerstandes deutete. Impliziert wurde dabei ein zunehmender Grad an kommunistischen Ideologisierung, der wiederum ein Mehr an Gewaltbereitschaft und Gefährlichkeit bedinge. Die antikolonialen Befreiungskämpfe in anderen französischen Kolonien, etwa in Algerien, wurden ebenfalls als Bedrohungsszenario aufgebaut (Deltombe et al. 2011, p. 247)⁸. Als bedrohlich wurden in diesem Zusammenhang Kontakte der UPC zu Befreiungsaktivist_innen in anderen Ländern angesehen, wie an folgender Mitteilung deutlich wird: »Les événements d'Afrique du Nord vont d'ailleurs

7 Dazu : »Si du domaine de la propagande, on passe à celui de la discipline, on note que cette dernière devient de plus en plus stricte, au sein de l'UPC. Voici deux exemples récentes illustrent cette évolution: Le 24 janvier le comité central confirmait la décision du comité de base Moumie à l'égard de son Président à savoir: exclusion de l'UPC pour une durée de deux ans, à compter du 11 Janvier 1955. Motif: s'est laissé corrompre par la police. Précisions qu'auparavant, Pouga, avait fait son auto-critique et avait reconnu ses fautes et erreurs commises dans le mouvement, verbalement et par écrit.« Übersetzung: »Wenn man vom Feld der Propaganda zu dem der Disziplin übergeht, stellt man fest, dass letztere immer strenger wird innerhalb der UPC. Zwei aktuelle Beispiele illustrieren diese Entwicklung: Am 24. Januar bestätigte das Zentralkomitee die Entscheidung des Basis-Ausschusses Moumie gegenüber seinem Vorsitzenden: Ausschluss der UPC für einen Zeitraum von zwei Jahren ab dem 11. Januar 1955. Grund: hat sich von der Polizei bestechen lassen. Vorausgegangenen Erläuterungen zufolge hatte Pouga Selbstkritik vorgenommen und seine Fehler und Irrtümer in der Bewegung anerkannt, mündlich und schriftlich« (*Note de Renseignement*, 29.1.–5.2. 1955, ANOM DPCT 27).

8 Wortlaut als Übersetzung: »Wir riskieren, munter in Richtung eines kleinen Algeriens zu gehen [...]«.«

être suivis au Territoire, par les milieux autochtones évolués avec grand intérêt. Et n'oublions pas que Nyobe, tant à New York qu'à Paris, est entré en relations avec les nationalistes Nord-Africains» (Note de Renseignement 29.1.–5.2.1955, DPCT 27).⁹ Aus französischer Sicht galt es unbedingt zu verhindern, dass Kamerun eine ähnliche Entwicklung wie Algerien oder Indochina nähme; befürchtet wurde ein internationaler Legitimitätsverlust durch Berichte zum Einsatz von Folter seitens der französischen Armee. Die französische Verwaltung bediente also das Narrativ der Gefährlichkeit der antikolonialen Befreiungsbewegungen, die sie als Bedrohungsszenario inszenierte. Die wachsende Gewaltbereitschaft und das stetige Wachstum der UCP sowie das kontinuierliche Lobbying für Unabhängigkeit erhöhten den Handlungsdruck aufseiten der französischen Verwaltung. Damit hängt auch die Berufung von Roland Pré zum neuen Hochkommissar im November 1954 zusammen: Pré sollte den Einfluss der UPC eindämmen. Lokale Sicherheitskräfte wurden angewiesen, alle UPC-Treffen aufzulösen, die Parteimitglieder festzunehmen, die Hauptquartiere zu durchsuchen und Parteigebäude anzugreifen; Ruben Um Nyobé wurde davon abgehalten, öffentlich Reden zu halten (LeVine, 1964, p. 154). Diese Politik wurde von der UPC gespiegelt, die in Pré einen viel aggressiveren Hochkommissar sah. Prés Nachfolger Messmer¹⁰ sprach in seinen Memoiren davon, dass die UPC in dieser Zeit eine Parallel-Administration aufgebaut (Messmer, 1992, p. 206) und damit quasi-staatliche Strukturen jenseits der Verwaltung geschaffen habe (Joseph, 1977; LeVine, 1964). Dies wiederum diente der französischen Verwaltung als Rechtfertigung dafür, ihre repressive Kontrolle über das Territorium auszubauen.

Reproduktion des Sicherheitsstatus: Die Événements du Mai 1955

Die UPC intensivierte ihre Streiks und Demonstration in der ersten Hälfte des Jahres 1955; im Mai resultierten sie in eine Serie massiver Auseinandersetzungen, Zerstörungen von Infrastruktur und gewaltgeprägter Konfrontationen. Retrospektiv stellte der Hochkommissar Pré die Streiks und Kundgebungen von April bis Mai 1955 in einer Rede in der ATCAM als bedrohlich und als »Appel à la violence« dar (ANOM DPCT//44). Die Rede wurde sowohl in *La Presse Du Cameroun* abgedruckt als auch intern verbreitet, woran sich der Wunsch und Willen der Verwaltung ablesen lässt, diese Darstellung der Ereignisse einem möglichst großen Publikum zu vermitteln. In der besagten Rede Prés lässt sich die Deutungsperspektive der Verwaltung auf die Ereignisse gut nachvollziehen. Zunächst berichtete Pré chronologisch über verschiedene Treffen der *Upécisten*, die zwischen dem 12.5. und 22.5.1955 an

9 Übersetzung: »Die Ereignisse in Nordafrikas werden im Übrigen auch [hier] [au Territoire] verfolgt, mit großem Interesse vonseiten liberaler indigener Gruppen. Und lässt uns nicht vergessen, dass Nyobé, in New York ebenso wie in Paris, Beziehung zu nordafrikanischen Nationalisten eingegangen ist.«

10 Innerhalb der Union française gab es viele personelle Kontinuitäten. So auch im Fall Messmer, der bereits als General in Indochina gekämpft hat (Messmer, 1998, p. 119).

wechselnden Orten stattgefunden hätten. Es sollen jeweils zwischen 800 bis 1500 Personen teilgenommen haben, bei fast jedem Treffen soll ein Aufruf zur Gewalt und eine aktive Bedrohung ausgesprochen worden sein (ANOM DPCT//44).¹¹ Politische Aufrufe verknüpften dabei Gewaltbereitschaft und die zeitgleich stattfindende Einweihung der Brücke über den Fluss Wuori (*La Presse du Cameroun* 1955); diese Brücke wurde feierlich unter Beteiligung des damaligen französischen *Ministres für Gebiete außerhalb Frankreichs*, Henri Teitgen, eröffnet. Aufgrund der hohen Prominenz hätte die Verwaltung, so meine Annahme, eigentlich interessiert daran sein können, für Stabilität, Ruhe und Ordnung zu sorgen oder zumindest das Bild der Kontrolle zu wahren. Im Zuge der Eröffnung kam es zu massiven Demonstrationen, die gewaltvoll zurückgedrängt wurden. Im Verlauf der Demonstrationen wurden viele Menschen festgenommen. In seiner Rede behauptete Pré, dass sich in der Nacht vom 23. auf den 24.5.1955 upécistische Truppen für den Kampf bereitgemacht hätten; auf diese Weise konstruierte er eine eindeutige Bedrohungslage. Im Zuge der Mobilmachung seien Straßenblockaden aus Steinen gebaut und Verwaltung und Polizeiposten angegriffen worden. Auf einen weiteren Mobilisierungsauftrag habe er als Hochkommissar unverzüglich reagieren müssen – »mobilise toutes les forces du maintien de l'ordre« (DPCT//44).¹² Pré beschrieb, wie es trotz massiver Präsenz von Sicherheitskräften immer wieder zu Übergriffen gekommen sei, etwa in Douala:

»Mise en place dispositif renforce de sécurité par forces maintien de l'ordre. Entre 12 et 14 heures – attaque par armes à feu de la station radio. Attaque de la prison de New Bell par manifestants upécistes. Attaque secteur new bell, attaque service d'ordre par manifestants. Forces maintien de l'ordre ouvrons feu. Secteur et prison dégagés. De 14-18h émeutiers se repandent dans New-Bell, pillant et incendiant vehicules attaquant systématiquement les européens rencontrés. Les forces de maintien de l'ordre interviennent sans arrêt pour les dégager. Fin après-midi: tous attroupements dispersée par forces maintien de l'ordre. Couvre-feu et patrouilles nocturnes« (Rede Roland Pré, DPCT//44).¹³

11 Siehe: »[M]enaces de repressailles contre tous ceux qui participeront aux fêtes du Wuori.« Übersetzung: »Androhungen von Repressalien gegen all diejenigen, die an den Feierlichkeiten in Wuori teilnehmen.«

12 Übersetzung: »alle Kräfte zur Aufrechterhaltung der Ordnung mobilisiert.«

13 Übersetzung: »Maßnahmenbereitstellung verstärkt die Sicherheit von Ordnungskräften. Zwischen 12 und 14 Uhr – Angriff mit Feuerwaffen vom Radiosender aus. Angriff vom Gefängnis von New Bell aus durch demonstrierende Upécisten. Angriff Bezirk New Bell, Angriff des Ordnungsdienstes durch Demonstranten. Ordnungskräfte eröffneten das Feuer. Bezirk und Gefängnis geräumt. Von 14 bis 18 Uhr, Unruhestifter verteilen sich in New Bell, plündernd und Fahrzeuge in Brand setzend, systematisch die angetroffenen Europäer angreifend. Die Ordnungskräfte intervenieren ununterbrochen, um sie zu vertreiben. Ende des Nachmittags: alle Menschenansammlungen zerstreut durch Ordnungskräfte. Sperrstunde und nächtliche Patrouillen.«

Durch den massiven Einsatz von Sicherheitskräften wurden die Demonstrationen aufgelöst. Im Zuge dessen kam es zu vielen Festnahmen sowie Verletzten und Toten. Laut Darstellung des Hochkommissars kehrte daraufhin in dem Gebiet wieder Ruhe ein. Im Anschluss an die Ereignisse werden hohe Gefängnisstrafen verhängt:

»140, of whom 75 have appealed, had been condemned in the act and sentenced to terms of imprisonment; 40 had been acquitted; 30 had been dismissed for the lack of indictment; 80 were temporarily free; 357 were detained in prison on remand; and 75 were fugitives from justice. [...] The victims of the May riots, according to the information provided by the Administering Authority, were as follows: police forces, one killed and sixty-two wounded (Africans), civilians, four killed (two Africans) and thirteen wounded (two Africans); demonstrators, twenty-one killed and 114 killed (all Africans)« (Bericht *Visiting Mission* 1955, p. 16).

In einem Weißbuch (*white paper*)¹⁴ an die UN stellte die Administration die Ereignisse vom Mai 1955 folgendermaßen dar: Eine kommunistische und totalitäre UPC, verzweifelt ob des mangelnden Erfolges und inspiriert von Ho Chi Minh und Mao Tse Tung, habe, angestiftet von einem Gewaltbesessenen Félix Moumié, zwischen dem 20. und 30. Mai 1955 einen Aufstand geplant; dieser Aufstand habe keine Unterstützung in der kamerunischen Gesellschaft gehabt und sei schnell und sicher von den Ordnungskräften zurückgedrängt worden (Joseph, 1977, p. 272). Der französische Politiker Aujoulat unterstützte diese Darstellung im Rückblick: »Depuis la fin avril, l'UPC cherche la bagarre en multipliant les réunions sur la voie publique et en se livrant à toutes sortes de provocations« (Aujoulat 3.6.1955, DPCT 28).¹⁵ Das verwendete Wort *Provokation* deutet dabei an, dass die Aggression alleinig von der UPC ausgegangen sei – womit der politische Protest der UPC delegitimiert wurde. Die französischen *colons*¹⁶ in Kamerun forderten nach dem Ende der Gewalt eine schnelle Unterdrückung des Aufstandes:

»One cannot help thinking that it is *the time to use draconian measures*. Let them simply fire the leaders, the agitators, who seek to utilize strikes to create disorder [...] It is clear that the C.G.T. and the U.P.C. have attempted at all cost to mark the inaugural celebrations for the Wouri bridge with an atmosphere of social agitation in order to impress the minister, the visitors, the journalists from France.

14 Üblicherweise wird unter einem Weißbuch eine Grundsatzerklärung über die strategische Ausrichtung der Politik verstanden; in dieser Funktion habe ich das Dokument in meiner Analyse ausgewertet.

15 Übersetzung: »Seit Ende April sucht die UPC Streit, indem sie öffentliche Versammlungen multipliziert und jeglichen Arten der Provokation nachgeht.«

16 Mit dem Begriff *colons* werden Siedler_innen und Kleinbäuer_innen beschrieben, die sich in französischen Kolonien ansiedelten, wodurch sie die koloniale Politik absicherten (Jansen, 2013, p. 305).

Has the moment not arrived to *act vigorously* without hesitating any longer?« (Le Cameroun Libre, No. 495, 16-31 May 1955 zitiert bei Joseph 1977, p. 262).

In dem Zitat deutet sich die Sorge um die Außenwirkung der Proteste und damit auch die Konkurrenzsituation zwischen der französischen Verwaltung und der UPC an (ausführlich: Kapitel 6.3); außerdem wird ein dringender Handlungsbedarf transportiert. Nach den *Événements du Mai 1955* versuchte Hochkommissar Pré verstärkt, die UPC zu kriminalisieren und wies auf die Gefahr hin, die weiterhin von der Partei ausgehe. Gleichzeitig signalisierte er Kontrolle, wie folgende Rede nach den Ereignissen zeigt:

«*Qui le calme revient; mais après une pareille accusée ce n'est encore qu'une situation mal assurée, car les blessures que laisse l'émeute, l'égarement des hommes que leur folie criminelle a rejeté hors de la légalité, la doute des fausses nouvelles, les ferments de haine que laissent toujours après eux le mensonge et la violence verbale, c'est l'opinion publique camerounaise, la conscience du peuple qui ont à en supporter tout le choc, il faut savoir aujourd'hui la ménager pour lui épargner de nouveaux troubles que la moindre erreur le moindre appel à la violence pourraient et douloureusement reviver*« (DPCT//44).¹⁷

Das Zitat offenbart den ambivalenten Umgang der Verwaltung mit der Sicherheits-situation: Während einerseits die UPC als inhärent gefährlich und die Folgen ihrer Gewalt als verheerend gezeichnet werden, wird andererseits vermittelt, dass die französische Verwaltung die Situation unter Kontrolle habe. Obgleich also die Gewalt jederzeit wieder ausbrechen könne, müsse die Bevölkerung sowie das internationale Publikum keine Sorge vor erneuten Gewaltereignissen haben; Einschränkungen der Freiheit seien gleichwohl notwendig, um die Sicherheit weiterhin zu gewährleisten. Im weiteren Verlauf der Treuhandszeit wurden die *Événements du Mai 1955* zu einem oft erwähnten Bezugspunkt, sie wurden zum Symbol für die Gewalt und die Zerstörungskraft der UPC. Sie bildeten so die Rechtfertigungsgrundlage dafür, die UPC aus den inneren politischen Entscheidungsprozessen zu drängen und damit ihren politischen Einfluss zu verringern.

17 Übersetzung: »Ja, die Ruhe kehrt zurück; aber nach einer derartigen Anklage ist die Situation noch immer eine unsichere, denn die von den Unruhen hinterlassenen Wunden, die Fassungslosigkeit der Menschen, die durch ihren kriminellen Wahnsinn aus der Legalität geworfen wurden, der Zweifel an falschen Nachrichten, die Tendenzen des Hasses, die immer Lüge und verbale Gewalt zurücklassen, das ist die öffentliche Meinung Kameruns, das Gewissen der Menschen, die den großen Schock ertragen müssen, wir müssen bedenken, es heute ruhen zu lassen, um ihm neue Unruhen zu ersparen, die der geringste Fehler, der geringste Aufruf zur Gewalt schmerzlich wiederaufleben lassen könnte.«

Sicherung der öffentlichen Ordnung durch Abschreckung: Das Parteiverbot

Kurz nach den Ereignissen im Mai 1955 wurde die UPC am 13.7.1955 per Verordnung verboten. In der Dämonisierung und dem Verbot der UPC – sowie jeglicher oppositioneller und nationalistischer Ideen – zeigt sich ganz klar die Abschreckungsfunktion von Sicherheitssprechakten. In einem *Bulletin d'Information et de Documentation* vom 16.7.1955 wurde das Verbot folgendermaßen begründet:

»At the moment when Cameroun is about to be provided with the political institutions of a major country, the Government has considered it is necessary to eliminate (*faire disparaître*) a movement which by its aims, as by its methods, was opposed to all idea of progress and democracy. [...] *In the Cameroun today, democracy and the UPC are incompatible*« (Joseph, 1974, p. 273). (Hervorhebung M.K.)

In der Verbotsverordnung selbst, die sich auf ein Gesetz vom 10.1.1936 bezüglich Gefechtsgruppen und privaten Militärs bezieht, heißt es im Wortlaut:

»Article 1: The Union des populations du Cameroun (UPC) as well as all organizations or associations which stem from or are directly affiliated to it, and in particular the Jeunesse démocratique camerounaise (JDC) and the Union démocratique des femmes camerounaises (UDEFEF), are and remain dissolved in all Territories for which the Ministry of Overseas France is responsible« (Bericht *Visiting Mission* 1955, 1956 Annexe II).

Hieran deutet sich das Konkurrenz-Narrativ an, das die UPC als inkompatibel mit demokratischen Grundsätzen zeichnet, und das ein Verbot als einzige Handlungsmöglichkeit der eigentlichen Autorität, der französischen Verwaltung, erscheinen ließ. Nach Erlass des Verbots flohen die UPC-Vizepräsidenten Moumié, Kingué und Ouandié über die Grenze in die britisch verwalteten Teil Kameruns, wo das Verbot noch nicht galt. Um Nyobé blieb im französischen Teil im Gebiet von Sanaga-Maritime und kämpfte vom Untergrund (*maquis*) aus für die Ziele der UPC. Von dort aus verbreiteten sich die *troubles* (Deltombe, 2016) bis in den Süden Kameruns, nach Douala und die Mungo- und Bamileke-Regionen. Diese Regionen grenzten an die britisch verwalteten Teile Kameruns, wo sich mehrere UPC-Kämpfer_innen im Exil befanden, was zu Verstimmungen zwischen französischer und britischer Diplomatie führte. Nach den Ereignissen im Mai 1955 wurde die Schutzverantwortlichkeit der französischen Verwaltung für die öffentliche Ordnung Kameruns diskursiv verstärkt. Dies zeigt sich etwa in Reden des Hochkommissars Pré, der argumentierte, dass die UPC alleinig für die unsichere und fragile Sicherheits-situation verantwortlich sei (Rede Roland Pré, New Bell, 2.6.1955, ANOM DPCT 28). Dabei setzte er die fragile Sicherheitssituation in Kontrast zur Stabilität der französischen Verwaltung und zum zukünftigen Staat; die einzige Gefahr für eine friedliche Entwicklung gehe von der UPC aus. Damit wurde der UPC die Fähigkeit, eine legitime Stimme in der Navigation der Unabhängigkeit zu sein, abge-

sprochen, zugleich wurde die öffentliche Ordnung als schützenswertes Gut dargestellt. Auf diese Weise wiederum wurde Frankreich als alleiniger Akteur konstruiert, der für die Zukunft Kameruns Sorge tragen könne – eine Zukunft, in der alle Kameruner_innen, die sich demokratisch und friedlich verhalten, am politischen Leben teilzunehmen und ökonomisch aufzusteigen können würden. Dies stand im Gegensatz etwa zur faktischen Zunahme von französischem statt kamerunischem Personal in der Verwaltung, was im UN-Jahresbericht 1956 angemahnt wurde (UN-Jahresbericht Kamerun 1956; Joseph, 1977, p. 148).

Die Gefährlichkeit der UPC wurde ab dem Moment ihres Verbots verstärkt kommuniziert und intern statistisch dokumentiert. Beispielsweise wurden alle von der UPC verletzten und getöteten Personen für jeden Bezirk ermittelt (Rapport de Sécurité, ANOM, FM DPCT//37). Entsprechende Berichte zirkulierten innerhalb der Verwaltung und wurden auch dem Minister in Frankreich zugesendet. Problematisch und bedrohlich aus Sicht der Verwaltung war auch, dass sich die UPC als *radikal nationalistisch* definierte. Dass dies überhaupt als Bedrohung interpretiert und kommuniziert wurde, veranschaulicht Frankreichs Intention, Einfluss auf die kamerunische Entwicklung auszuüben. Die französische Verwaltung sah in nationalistischen Meinungen eine Bedrohung für ihren Plan einer engen Kooperation (*amitié*) zwischen beiden Ländern. Insbesondere beobachtete und problematisierte sie die Positionen der UPC bezüglich deren Beziehung zwischen zu Frankreich: »Mais l'UPC spécifia qu'elle n'était pas pour autant, anti-française« (Rapport de Renseignement 5.3.–12.3.1956, ANOM DPCT 27).¹⁸ Die Frage, ob die UPC *anti-français* sei und an welchen Beispielen sich dies zeige, nahm viel Raum in den Sicherheitsberichten ein. Daraus lässt sich folgern, dass die französische Verwaltung aus einer nationalistischen Positionierung eine feindliche Haltung gegenüber der Verwaltungsmacht ableitete, die dann wiederum die Pläne der französischen Verwaltung für Kameruns Zukunft gefährden könne. Zudem wurde der upécistische Einfluss auf den Zusammenhalt innerhalb der Interventionengesellschaft, insbesondere im Hinblick auf Spannungen und feindliche Stimmungen zwischen Europäer_innen und Afrikaner_innen (Kameruner_innen), beobachtet und als potentiell gefährlich eingestuft.¹⁹ Zu den Europäer_innen zählten u.a. die bereits zuvor erwähnten französischen *Colons*, die sich hauptsächlich mit Wirtschaftsunternehmen in Kamerun angesiedelt hatten, aber auch administratives Personal, das sich während der Treuhandzeit stetig vergrößerte. Das Bedürfnis, die ökonomischen Interessen Frankreichs zu schützen, scheint groß gewesen zu sein.

18 Übersetzung: »Aber die UPC präziserte, dass sie trotzdem nicht anti-französisch sei.«

19 Die Klassifizierung wurde aus den Dokumenten übernommen. In den Statistiken der Verwaltung findet sich nur die Unterscheidung zwischen Afrikaner_innen und Europäer_innen (*Africains et Européens*), daher gehe ich davon aus, dass es sich bei den *africains* um Kameruner_innen handelt.

Dies legt zum einen die Bedrohungskonstruktion seitens der französischen Verwaltung nahe, nachdem die UPC mit gezielten Ermordungen von Europäer_innen gedroht hatte. Zum anderen zeigt sich das Streben, ökonomischen Investitionen zu sichern, in der Reaktion der französischen Verwaltung auf die UPC-Kampagne *Votez autochtone*²⁰ im Wahljahr 1956, die den Einfluss europäischer bzw. französischer Politiker_innen zurückdrängen sollte. Hier tritt das gegenseitige Misstrauen einzelner Akteure deutlich hervor: Die Administration beobachtete das steigende Spannungsgefühl der französischen Einwohner_innen und unterstellte den nationalistischen Bewegungen einen *weißen Rassismus*²¹: »Ce racisme jouent aussi et surtout contre les candidats ›blancs‹ et en premier lieu, contre le Dr. Aujoulat. Nous avons d'ailleurs souligné: contre lui surtout, a été propagé le slogan ›votez autochtone‹ et les premiers sondages effectués en attestaient l'efficacité« (Rapport de Sécurité, 31.12.–7.1., ANOM DPCT 30).²² Generell zielte die Politik der Verwaltung in den frühen 1950er Jahren auf die Eindämmung des Einflusses der UPC. Weiterhin wurde versucht, UPC-nahe Gruppen in die französische Einflussosphäre zu bringen (Joseph, 1977, p. 173). Dass Kamerun von der französischen Verwaltung als ethnisch divers angesehen wurde, unterstützte dabei dieses Vorhaben. Denn die UPC, die sich politisch u.a. gegen die feudalen Strukturen im Norden des Landes positionierte, versuchte dort, mit dem Motiv der Einheit Einfluss zu gewinnen. Möglich wurde dies vor allem, weil Felix Moumié auch als Beamter im Norden des Landes, in Maroua, stationiert war und so den dortigen Einfluss der UPC stärken konnte. Die Verwaltung versuchte nun in Reaktion auf die kamerunische Einheitsphilosophie der UPC, die Partikularität der einzelnen Ethnien zu stärken, um eine gesamte und damit starke nationalistische Bewegung zu verhindern (Joseph, 1977, p. 174). Infolgedessen veranlasste sie Zwangsumsiedlung und Zwangsräumungen – die wiederum als Grund für die landesweite Verbreitung der politischen Forderungen der UPC angesehen werden.

Wahlen als Bedrohung: Zwischen demokratischer und repressiver Ausrichtung

In der Treuhandzeit wurden Wahlen als essentieller Bestandteil eines demokratischen Staatsaufbaus angesehen. So wurde in vielen Dokumenten die Bedeutung

20 Die Kampagne war darauf ausgerichtet, dass nur autochtone kamerunische Politiker_innen gewählt werden sollten.

21 Mit dem Zitat wurde die Darstellung der französischen Verwaltung übernommen, um auf die angstbesetzten Spannungen innerhalb der Gesellschaft und die Deutungsmacht der französischen Verwaltung zu verweisen. Ich gehe nicht davon aus, dass es einen Rassismus gegen Weiße gibt (Sow 2008).

22 Übersetzung: »Dieser Rassismus richtet sich auch und vor allem gegen die ›weißen‹ Kandidaten, und vornehmlich gegen Dr. Aujoulat. Wir haben darüber hinaus betont: Gegen ihn vor allem wurde der Slogan ›wählt einheimisch‹ propagiert, und die ersten durchgeführten Umfragen attestierten dessen Wirksamkeit.«

von Wahlen betont – »L'octroi du droit de vote municipal est l'un des premiers et des plus essentiels aspects de la démocratie« (Messmer, Confidential Note: The Aftermath of Cameroon in municipal elections, FM DPCT//14).²³ Um das Bild des stabilen und friedlichen Staatsaufbaus zu wahren, galt es, ein etwaiges Aufkommen von Gewalt im Rahmen der Wahlen in jedem Fall zu vermeiden. Die Auflösung der UPC 1955 hatte großen Einfluss auf den politischen Willensbildungsprozess und die Wahlen 1956, die wiederum entscheidend für den weiteren Verlauf der Transition in die Unabhängigkeit waren. Wie beschrieben, wurde der Einfluss der UPC bereits vor der Wahl 1956 massiv eingeschränkt auf der politischen Ebene. Dass die UPC bei den regionalen Wahlen 1951 keinen Erfolg hatte, könnte der Tatsache geschuldet sein, dass die Verwaltung massiv in die Wahlen eingriff. So soll pro-französischen Kandidat_innen in Bezirken, in denen die UPC eigentlich gute Gewinnchancen gehabt hätte, mit teils halblegalen Mitteln zum Wahlsieg verholpen worden sein, wie Joseph schreibt: »[...] [N]ot even UPC opponents or members of the French colonial service could deny the travesty that had been perpetrated« (Joseph, 1977, p. 181). Diese Strategie war äußerst effektiv: Im Hinblick auf die UN wurde die Legitimität und Glaubwürdigkeit der der UPC international vermindert durch ihre fehlende politische Repräsentation im kamerunischen Parlament ATCAM. Die daraus resultierende Ambivalenz, was die Bedeutung der UPC betrifft, wurde in der 11. Sitzung des Treuhändrates diskutiert: Einerseits betone die UPC selbst stets, dass sie die populärste Partei in Kamerun sei, was durch vielen Petitionen auch bestätigt werde – andererseits halte die Partei aber kein Mandat in der nationalen Vertretung inne. Die Behinderung politischer Einflussnahme und Gestaltungsmöglichkeiten der UPC jedenfalls trug stark zur Eskalation des Konflikts 1955 bei.²⁴ Nach der Verbotsverordnung infolge der *Événements du Mai* 1955 rief die UPC zu einem Boykott der nächsten Wahlen auf, weil sie hinter den Wahlen einen kolonialen Komplott vermutete. Bereits im Vorfeld der Wahlen berichtete die französische Verwaltung von einer gewaltvoll angespannten Atmosphäre, die dann in der Wahlnacht ihren Höhepunkt finden sollte. Aus Sicht der Verwaltung ging es der UPC nicht um inhaltliche Themen, sondern um Einfluss im Kampf um die öffentliche Meinung; damit sprach sie der Partei ihre Legitimität ab: »Il s'agira essentiellement d'une lutte d'influence entre personnalités et les opinions politique ne seront que

23 Übersetzung: »Die Bewilligung des lokalen Wahlrechts ist einer der wichtigsten und der grundlegendsten Aspekte der Demokratie.«

24 In einem Interview evaluierte Robert Buron, der ehemaligen Minister für die *Départements d'Outre Mer* die Amtszeit von Gouverneur Soucadaux folgendermaßen: »He concealed everything – everything was arranged. Using corruption and police force they succeeded in keeping everything in order. Colonial domination was maintained with the support of the lamdjos [in the north] and the chiefdoms in the South. [...] This policy would have later led to a catastrophe« (Joseph, 1977, p. 183).

d'une faible poids» (Note de Renseignement 26.11.–4.12.1956, ANOM DPCT//30)²⁵. Insgesamt war der Wahlkampf sehr turbulent. Die UPC nutzte die Möglichkeit, sich in Form von Petitionen und Telegrammen, die die Sicherheitsmaßnahmen der französischen Verwaltung beklagten, an die UN zu wenden (Messmer, Note confidentielle, 22.1.1957, DPCT//14); diese Schreiben verweisen auf die Atmosphäre der Gewalt und die fragile Sicherheitssituation. Über die Zeit vor den Wahlen vermerkte die Verwaltung in einem Sicherheitsbericht folgendes: »Dans la nuit du 17 au 18 Novembre, la tension monta dangereusement, notamment dans le quartier Bassa. Devant l'ex-siège de l'UPC un groupe d'Africains s'oppose un instant à ce que des policiers effacent les inscriptions sur la chaussée« (Note de Renseignement 10.–19.11.1956, ANOM DPCT 30; Hervorhebung M. K.).²⁶ Zudem wurden verwaltungskritische Flugblätter verteilt, auf Sicherheitsbeamte geschossen sowie tödliche Anschläge auf zwei Politiker_innen frankophiler Parteilisten verübt:

»C'est à cette organisation hâtivement mise sur pied qu'allait incomber la tâche de déclencher les émeutes décidées par l'UPC dans la nuit du 16-19 Décembre 1956. Destinées à renforcer et des électeurs, une série d'attentats contre les personnes et les biens furent commis simultanément dans les Régions du Wuori, du Nyong-et-Sanaga, du Dja-et-Lobo et surtout de Sanaga Maritime, pays natal, d'Um Nyobe, où l'organisation terroriste avait été particulièrement poussée. [...] Dans la seule region de la sanaga maritime, on dénombra 96 morts, 50 blessées et plus de 600 cases détruites entre le 18 décembre et le 15 Janvier« (ANOM DPCT 18).²⁷

Damit wurden die Wahlen zum Schlüsselmoment in der Gewalt- bzw. Eskalationsspirale des Konflikts. Die Folge waren massive Sicherheitsmaßnahmen. Der seit April amtierende Hochkommissar Messmer forderte Truppen aus den Nachbarkolonien an, daraufhin durchsuchten Patrouillen die entsprechenden Regionen nach UPC-Kämpfer_innen. Weiterhin wurden kleinere Dörfer zu größeren Einheiten zusammengelegt, um kontrollierter nach Rebellen suchen zu können. Laut UPC

25 Übersetzung: »Es handelt sich im Wesentlichen um einen Machtkampf zwischen Persönlichkeiten, und die politischen Ansichten werden nur geringes Gewicht haben.«

26 Übersetzung: »In der Nacht vom 17. auf den 18. November stieg die Spannung gefährlich an, vor allem im Bassa-Viertel. Vor dem ehemaligen Sitz der UPC leistet eine afrikanische Gruppe für einen Moment Widerstand, sodass die Polizisten die Inschriften auf der Fahrbahn entfernen.«

27 Übersetzung: »Dieser übereilt aufgebauten Organisation obliegt die Aufgabe, die von der UPC in den Nächten vom 16. bis 19. Dezember 1956 beschlossenen Unruhen aufzulösen. Bestimmt zur Verstärkung und an die Wähler gerichtet, wurde eine Reihe von gleichzeitigen Anschlägen gegen Personen und Güter in den Regionen Wuori, Nyong-et-Sanaga, Dja-et-Lobo und insbesondere Sanaga-Maritime, Heimatland von Um Nyobé, wo die Terrororganisation in besonderem Maße angetrieben worden war, begangen. [...] Allein in der Region Sanaga-Maritime zählt man 96 Tote, 50 Verletzte und mehr als 600 zerstörte Hütten zwischen dem 18. Dezember und dem 15. Januar.«

waren die Folgen der militärischen Operation verheerend: Für die Phase nach dem 26.12. bilanzierten sie 40 Tote in Boumnyebel sowie 360 Opfer in Bikok, dazu weitere Tote in Otele (Osouf and Le Roy, 2008).²⁸

Ab den Ereignissen in der Wahnacht des 23.12.1956 wurde die UPC als *terroristisch* bezeichnet: »L'événement essentiel de la quinzaine écoulée a été constitué par les élections à l'assemblée territoriale, celles-ci entraînant une campagne d'opposition de la part de l'UPC qui tourna bientôt à l'intimidation terroriste« (Note de Renseignement 12.12.1956 – 2.1.1957, ANOM DPCT 31).²⁹ In der Rückschau betonte Hochkommissar Messmer: »C'était le signal d'une rébellion organisée dont les manifestations ne sont pas complètement terminées et qui devait imposer à l'autorité de tutelle, pendant plus d'une année, la mise en place d'un important dispositif de rétablissement de l'ordre« (Rapport sur UPC 18.2.1957, ANOM DPCT 18).³⁰ Als oberste Priorität der Verwaltung galt nun also, die öffentliche Ordnung und Sicherheit wiederherzustellen: »Là encore, l'autorité de tutelle dut faire appel aux forces de l'ordre pour rétablir la situation et mettre en place un dispositif de sécurité dont la reprise récente des attentats impose le maintien« (Rapport sur UPC 18.2.1957, ANOM DPCT//18).³¹

Sicherheitspraktiken im Kontext der Wahlen

Das Ministerium in Frankreich und die französische Verwaltung vor Ort diskutierten die Wahlen 1956 sowie die Sicherheitsmaßnahmen in Briefen und Telegrammen intensiv. In der ersten Wahlkampfphase nutzte die französische Verwaltung verschiedene Sicherheitstechniken, um den sicheren Ablauf der Wahlen zu gewähr-

28 Aus einem Telegramm Mouriés an die kommunistische Partei Frankreichs: »Bilan 26 décembre signale 40 morts Boumnyebel 360 morts bikok plus centaines morts otele akono ngambe bitchoka stop plusieurs avions bombardiers procèdent de nuit assassina populations refoulées forêts stop morts portés et jetés dans fosses communes précoces ou dans cours eau stop alertons opinion mondial fins intervenir urgemment auprès gouvernement français avant avènement pire mourié« (Übersetzung: »Bilanz 26. Dezember meldet 40 Tote Boumnyébel 360 Tote Bikok sowie Hunderte von Toten Otele Akono Ngambe Bitchoka stop Mehrere Bomber verüben nachts ein Attentat auf unterdrückte Populationen im Untergrund. Stop. Tote in erste Massengräber getragen und geworfen oder in Wasserlauf stop lasst uns die Weltmeinung alarmieren, Ziel, dringend bei der französischen Regierung intervenieren, bevor schlimmere Machtergreifung Mourié« (Osouf and Le Roy, 2008).

29 Übersetzung: »Das wesentliche Ereignis der verschwundenen fünfzehn Personen wurde durch die Wahlen zur Territorialversammlung bedingt, die eine Oppositionskampagne vonseiten der UPC zur Folge hatte, die bald zu einer terroristischen Einschüchterung wurde.«

30 Übersetzung: »Es war das Signal einer organisierten Rebellion, deren Demonstrationen noch nicht vollständig beendet sind und die von der Mandatsmacht für über ein Jahr die Bereitstellung wichtiger Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung verlangen müsste.«

31 Übersetzung: »Auch hier hatte die Aufsichtsbehörde an die Ordnungskräfte appellieren müssen, um die Situation zu stabilisieren und eine Sicherheitsvorrichtung einzurichten, deren Aufrechterhaltung durch die jüngste Wiederaufnahme der Anschläge erfordert wird.«

leisten. So wurden Verdächtige und potentielle Gefährder_innen festgesetzt und unter besondere Beobachtung durch Sicherheitskräfte gestellt. Weiterhin wurden Versammlungen aufgelöst, führende Oppositionsaktivist_innen inhaftiert und die Presse zensiert. Als eine der Hauptbedrohungen für die öffentliche Ordnung während der Wahlen wurde die UPC ausgemacht; infolgedessen analysierte und kontrollierte der Sicherheitsapparat UPC-Publikationen, um gewaltvolle Widerstände vorherzusehen oder zu verhindern. Zu diesem Zweck wurden Geheimagent_innen eingesetzt, die inhaltliche Informationen sowie Gruppeninterna verschiedener Treffen weitergaben, wodurch die französische Verwaltung sehr gut über die internen Angelegenheiten und Pläne der UPC informiert war. Neben der strategischen Überwachung von Politiker_innen zensierte die französische Verwaltung die Presse, um das politische Leben zu kontrollieren und um zu verhindern, dass die UPC ihre politischen Botschaften mittels Publikationen verbreiten konnte. Beispielsweise wurde Dr. Bebey Eyidi, Herausgeber der Zeitung *L'Opinion au Cameroun* und Sympathisant der UPC, häufig inhaftiert und somit am Publizieren gehindert. Diverse andere Zeitungen wurden eingestellt, weil sie verwaltungskritische Artikel veröffentlicht hatten oder die Ziele der UPC direkt unterstützten (*Le Patriote*, Arrêté n. 798/PSS, ANOM FM DPCT//38). Die Überwachungspolitik beinhaltete auch Kontrollen von Postsendungen, die auf Informationen zu UPC-Aktivitäten hin untersucht wurden. Indem sie damit gar interne Absprachen kontrollierte, hatte die französische Verwaltung großen direkten und indirekten Einfluss auf die Möglichkeiten und Grenzen der Wahlkampagnen. Ihre Kontrolle erstreckte sich auch auf symbolische Handlungen wie das Hissen der UPC-Flagge: Sobald die Flagge öffentlich sichtbar gehisst wurde, brachen Ordnungskräfte die jeweilige politische Versammlung ab (*Note de Renseignement* 29.5.1956, ANOM DPCT//30). Auf diese Weise wurde die Handlungsspielräume der UPC, was Symbole und Strategien des politischen Lebens betrifft, massiv eingeschränkt. Auf die Gewalt nach den Wahlen reagierte die Verwaltung mit hohen Gefängnisstrafen. Bereits in der frühen Treuhandzeit waren die langen Haftstrafen Gegenstand von Petitionen – bspw. die 15-tägige Inhaftierung Nkonjoks, der zwei Hühner gestohlen hatte (*Leonard à Beng-Nyong T/Pet 5/233*, vom 26.12.1953, UNA S-0441-0571_261).³²

32 Weiterhin: »Les arrestations arbitraires se multiplient. Les emprisonnements et les amendes allant de 2500frs à 3000frs. C'est ainsi que le nommé I. Nkonjok Thomas fut victime d'une soustraction involontaire de deux poules et un emprisonnement de 15 jours. [...] C'est pourquoi nous la population de Beng Nyong aux forêts ravies par les colonialistes levons avec indignation la protestation contre ces mesures d'exploitation d'homme par homme, et demandons aux N.U. de bien vouloir prendre des mesures possibles qui peuvent mettre fin à cet abus colonialiste.« Übersetzung: »Die willkürlichen Verhaftungen vervielfachen sich. Die Inhaftierungen und Geldstrafen reichen von 2500frs bis 3000frs. Auf diese Weise wurde der ernannte I. Nkonjok Thomas Opfer einer unfreiwilligen Unterschlagung zweier Hühner und einer Haft von 15 Tagen. [...] Deshalb erheben wir, die Bevölkerung von Beng Nyong in den durch die Kolonialisten

Trotz der Gewaltvorkommnisse beschrieb die Verwaltung die Wahlen in ihrer Wahlnachlese als erfolgreich, größtenteils ruhig und ohne besondere Zwischenfälle (Resultats Provisoires des Elections Generales au Cameroun, 24.12.1956, DPCT//14). Kamerunweit habe Ruhe vorgeherrschte: »Le calme dans lequel se déroulait la campagne électorale«; die Boykottkampagne der UPC sei erfolglos gewesen (Note de Renseignement 9.1.1957, ANOM DPCT//30). Die Verwaltung bestätigte mit ihrer Version der Geschehnisse, dass die spannungsgeladene Situation unter Kontrolle sei. Im Wahlergebnis zeigte sich ein Mix aus traditionellen und moderaten Politiker_innen, was seitens der Verwaltung positiv gesehen wurde. Außerdem drückte die Verwaltung ihre Zufriedenheit darüber aus, dass trotz Sabotage und Boykottkampagne 55 Prozent der Kameruner_innen zur Wahl gegangen waren (Télégramme de Haussaire, 28.12.1956, DPCT//14).³³

Analog zur diskursiven Darstellung einer eskalierenden Bedrohung durch die UPC setzte die Verwaltung Mittel der Kontrolle gegen die aus ihrer Sicht terroristische Rebellion ein. Beispielsweise wurden Sicherheitskräfte und Militär verstärkt (Fiche sur les moyens de maintien de l'ordre, ANOM DPCT//23). Nach der Gewalt- eskalation in der Wahlnacht wurde ab 1957 eine militärische Eingriffszone in den Rebellengebieten, Sanaga-Maritime, *Zone de maintien de l'ordre de la Sanaga-Maritime* (ZOE) (Deltombe et al., 2010), eingerichtet. Diese Zone wurde für zwei Monate aufrechterhalten, währenddessen wurden besondere militärische Aktionen gegen Aufständische unternommen. Auf diese erste Sonderzone folgt eine zweite, die *Zone de pacification* (ZOPAC)³⁴. In den ZOPAC-Gebieten kam es zu einem massiven Einsatz von Gewalt seitens der Sicherheitskräften, auch zu gezielten Tötungen; Deltombe et al. (2010) sprechen daher von einem offenen Krieg. Um die *zones interdites* zu kontrollieren, wurden Dörfer, die im Untergrund (*maquis*) Kämpfer_innen unterstützten, gewaltsam umgesiedelt und Lagerstrukturen mit Ausgangssperre geschaffen. Mit dieser Taktik sollten sogenannte »subversive Elemente«, die eine Bedrohung darstellten, isoliert und unter Kontrolle gebracht werden. Die Verwaltung versuchte auf diese Weise, die Kontrolle über die Rebellengebiete zu erlangen und das Unterstützernetzwerk zu untergraben. Zwischen 1957 und 1959 war die Region Sanaga-Maritime die hauptsächliche Konfliktzone, danach breiteten sich

beraubten Wäldern, mit Empörung Protest gegen die Ausbeutung von Menschen durch Mensch und fordern die UN auf, Maßnahmen zu ergreifen, die diesem kolonialistischen Missbrauch ein Ende setzen können.«

33 Weiterhin: »Il est très élevé pour l'Afrique et peut se comparer aux résultats des pays les plus anciennement rompus à l'exercice de la démocratie.« Übersetzung: »Sie ist sehr hoch für Afrika und kann mit den Ergebnissen aus Ländern, die sich viel früher schon in der Demokratie üben, verglichen werden« (Broschüre des Hochkommissars: Le Cameroun 1946 de la tutelle à l'indépendance 1960, UNA, S-0504-0044).

34 In der militärischen Sonderzone ZOPAC, die für zwei Monate bestand, führte die französische Armee Militäroperationen aus.

die Gewalthandlungen in Wuori, Mungo und in der Bamileke-Region aus, wo zuvor die *Kamerunische Nationale Befreiungsarmee* (ALNK) gegründet worden war. Nach wie vor umstritten ist die Frage, ob auch chemische Waffen und Kampfstoffe, wie etwa Napalm, eingesetzt wurden (Osouf and Le Roy, 2008). Für den Fall Algerien spricht Klose von der Taktik des Prinzips der kollektiven Verantwortung (Klose, 2009) der französischen Armee, die sich im massiven Einsatz von Folter, bspw. in Form gewaltsamen Befragungen, zeigt (Ayim, 2010).³⁵ Diese polizeiliche Ermittlungsmethode scheint auch in Kamerun als Sicherheitspraxis angewendet worden zu sein (Osouf and Le Roy, 2008).

Kontrolle der gemäßigten Oppositionellen

Im Verlauf der Treuhandzeit wurden neben der UPC weitere oppositionelle Akteure, die als nationalistisch und anti-französisch interpretiert wurden, kontrolliert und deren Aktivitäten überwacht. Darunter fielen gemäßigte Politiker_innen wie Soppo Priso oder André Mbida, die versuchten, das politische Vakuum zu füllen, welches nach dem Verbot der UPC entstanden war. Die beiden Politiker wollten einen gemäßigten, vermittelnden Weg einschlagen und standen politisch zwischen der UPC und der französischen Verwaltung. Priso war bereits seit 1954 ATCAM-Vorsitzender, schlug aber im Verlauf der Treuhandzeit einen konfrontierenden Kurs ein (Note de Renseignement 20.–22.1.1955, ANOM DPCT 27). Aus Sicht der Verwaltung waren Soppo Priso und Andre-Marie Mbida insofern bedrohlich, als dass sie den gleichbleibend hohen Einfluss Frankreichs in Ökonomie und Politik kritisch sahen – obgleich sie stets ihre Nähe zu Frankreich betonten. Insbesondere anhand der Debatte um den *Statut du Cameroun 1957*³⁶ und die Eingliederung Kameruns in das französische metropolitane System lassen sich die Positionen Prisos und Mbidas nachvollziehen. Während einer ATCAM-Versammlung stellte Mbida seinen Vermittlungskurs – Solidarität mit Frankreich *und* Eigenständigkeit – folgendermaßen vor:

»Je compte sincèrement et fermement sur la solide et fidèle collaboration de notre très généreuse et bienfaisante tutrice la France, pour la réalisation des aspirations légitimes des populations du Cameroun, vers l'autonomie, vers l'éman-

35 Folterberichte der französischen Armee können bei Naquet (1975) nachgelesen werden.

36 Mit dem »Statut du Cameroun« sollte Kamerun ab 1957 eine quasi-staatliche Funktion erhalten; elementare Funktionen wie das Letztentscheidungsrecht verblieben aber bei der französischen Verwaltung.

cipation totale, conformément aux textes en vigueur» (Note de Renseignement 7.–14.1.1956, DPCT 30).³⁷

Damit machte er deutlich, dass für ihn neben der Nähe zu Frankreich eben auch Autonomie und Emanzipation von großer Bedeutung waren. An der Nähe zu Frankreich hielt Mbida fest, was sich nicht zuletzt darin zeigt, dass er das Wort *République* mit seinem eindeutigen Bezug zur französische Verfassung gerne im Statut verankert hätte. Soppo Priso galt der französischen Verwaltung als widerständig: Er entwickle ein *Gegen-Projekt* zum *Statut du Cameroun* (Note de Renseignement 4.–11.2.1957, ANOM DPCT 31). Priso betonte, dass Kamerun ein souveräner Staat sei; zugleich hob er hervor, dass die *Freundschaftsbande* mit Frankreich, dass Kooperation und Unterstützung in gegenseitigen Respekt und auf Basis von Freiwilligkeit erhalten bleiben sollten (Note de Renseignement 4.–11.2.1957, ANOM DPCT 31). Wie diese Kooperation aussehen sollte, definierte die politische Gruppierung um Priso folgendermaßen: Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich mit zugesicherter französischer Unterstützung beim Aufbau von Militär und Armee; diplomatische Repräsentation; Expert_innenhilfe für den weiteren Staatsaufbau; die Repräsentation bei der UN; fiskalische Zusammenarbeit und Verbleib in der Währungszone. Des Weiteren schien er die Wiedervereinigung mit dem britischen Teil einzuplanen, wie sich an seinen sprachpolitischen Verweisen (Französisch als Amtssprache, Englisch keine Fremdsprache) zeigt. Zu Prisos *Gegen-Projekt* gab es eine Debatte in der ATCAM, die Reaktionen darauf wurden von der Verwaltung beobachtet und kontrolliert (Note de Renseignement 4.–11.2.1957, ANOM DPCT 31). Soppo Priso und Mbida versuchten mit ihren politischen Projekten, zwischen der wachsenden Feindseligkeit Roland Prés und der kamerunischen Bevölkerung zu vermitteln (LeVine, 1964, p. 157), auch indem sie für Amnestie (Gnadenerlass) und Versöhnung für alle Kameruner_innen eintraten. Bei den Wahlen 1956 gewann Mbida mit seiner Politik der Versöhnung. Hieran zeigt sich dennoch der diskursiv stark verengte politische Handlungsspielraum: Ein vermittelnder Weg jenseits der starken Einbindung der französischen Verwaltung war offenbar nicht vorgesehen, politische Gestaltung war nur im Einklang mit französischen Vorstellungen möglich. Weiterhin zeigt sich in den Quellen, dass Einfluss und die Kontrolle über die interne politische Entwicklung Kameruns immens wichtig waren, sodass jegliche Eigenständigkeit als den französischen Plänen feindlich konstruiert wurde.

37 Übersetzung: »Ich verlasse mich aufrichtig und bestimmt auf die unerschütterliche und zuverlässige Zusammenarbeit mit unserer sehr großzügigen und wohlthätigen Hüterin Frankreich, zur Verwirklichung der legitimen Bestrebungen des kamerunischen Volkes hin zur Autonomie, zur völligen Emanzipation, entsprechend der in Kraft getretenen Texte.«

6.1.3 Die Konstruktion einer *Grammatik der Sicherheit*

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die einzelnen Sicherheitssprechakte und performativen Ausführungen, mit denen die Gefährlichkeit der UPC konstruiert wurde, mehrere Funktionen erfüllten. Erstens dienten sie als Warnung vor einer Bedrohung durch die UPC – und bereiteten damit den Resonanzboden für weitere Sicherheitsmaßnahmen, die sich über Abschreckung Legitimität zu schaffen suchten. Zweitens legitimierten sie vergangene Aktionen wie Zwangsräumungen oder Gefängnisstrafen. Drittens drückte die Sicherheitssprache sehr deutlich den Wunsch nach Kontrolle und Stabilität aus, was der französischen Diplomatie auch in Bezug auf den Treuhandrat und die internationale Anerkennung ein Anliegen war. In der Sicherheitssprache zeigt sich, welche Themen unter Schutz standen und was verteidigt werden musste – und damit letztlich, welches *image of the state* geschaffen werden sollte. Frankophile Zeitungen vermittelten der Öffentlichkeit lange Zeit ein Bild friedlicher, kontrollierter Stabilität in der angestrebten Freundschaft zwischen den beiden Ländern betonten. In Zusammenhang mit verschiedenen Gewaltereignissen bildete sich jedoch eine Vorstellung von Gewalt und eine Deutung ihrer Gefährlichkeit, die für die Transition und den zukünftigen Staat strukturprägend wurden. Die Bedrohungskonstruktion seitens der französischen Verwaltung zeigen, wie diese den zukünftigen Staat imaginierte und welche Funktion sie ihm zuschrieb. Die UPC sowie oppositionelle und nationalistische Ideen galten ihr als bedrohlich, da diese dem französischen Engagement gegenüber als feindlich wahrgenommen wurden. Die französische Verwaltung sah sich durch die Oppositionstätigkeit stets als Ganzes und in ihrer Identität herausgefordert, statt die Treuhandzeit als international mandatierten Dekolonisierungsprozess zu begreifen. Im Folgenden möchte ich nun konkreter auf die verschiedenen Sicherheitsnarrative, die die Verwaltung konstruierte, eingehen und damit die *Grammatik der Sicherheit* skizzieren:

a) Narrativ der kamerunisch - französischen Freundschaft

In den analysierten Dokumenten wurden Begriffe wie Freundschaft, Solidarität und Unterstützung genutzt, um die Beziehung zwischen Kamerun und der französischen Verwaltung zu umschreiben. Wenngleich beständig auf Unterschiede zwischen Europäer_innen und *Afrikaner_innen* abgehoben wurde – was sich in den Möglichkeiten und Grenzen der politischen, ökonomischen wie sozialen Teilhabe niederschlug –, verfolgte die Verwaltung das Ziel, Kamerun in die Französische Union einzugliedern. Zugelassen wurden nur solche politischen Vorstellungen, die auf Kooperation mit der französischen Verwaltung setzten.

b) Narrativ der Nationalen Einheit

Kamerun ist, wie viele Berichte der Verwaltung feststellen, ein ethnisch sehr diverses Land, häufig wurde es als *Afrique en miniature* bezeichnet. Die nationale Einheit war ein wichtiges Thema während der Treuhandzeit; so war ein wichtiges Motiv in der Begründung von Sicherheitssprechakten der Schutz der nationalen Einheit vor terroristischen Elementen. Zugleich verfolgte die Verwaltung die gegenläufige Taktik, ethnische Gruppen gegeneinander auszuspielen. Denn sie fürchtete einen Erfolg der UPC mit deren Forderung nach nationalistischer *Unification*; außerdem interpretierte sie die Internationalen als sich in einer Minderheitenposition befindend und wertete dies als Bedrohungssituation. Partikularitäten ethnischer Gruppen wurden hervorgehoben und gestärkt und verschiedene Gruppen wurden teils in Konkurrenz zueinander gesetzt, um eine nationalistische Einheit zu verhindern.

c) Narrativ des bedrohten Staates

In den Sicherheitskonstruktionen zeigt sich sehr deutlich, wie die Opposition als für die Verwaltung bedrohlich verstanden und inszeniert wurde. Jegliche Differenz zur französischen Position wurde als bedrohlich dargestellt, wenngleich die Inhalte teilweise durchaus in die eigene politische Agenda eingespeist wurden. Das Bedrohungsszenario bezog sich auch auf die Wahlen, die als gefährlich interpretiert wurden. Nach den Gewaltereignissen bei den Wahlen im Jahr 1956, wurde erneute Wahlen vermieden. Der starke Staat wurde über verschiedene Machtdemonstrationen inszeniert, etwas bei Militärparaden oder mittels Werbekampagnen.

d) Narrativ der Demokratie und der politischen Reife

In den Dokumenten und Sicherheitssprechakten zeigt sich die Intention der Verwaltung, sich selbst als rechtsstaatlich und demokratisch zu konstruieren – und die Oppositionellen im Gegensatz dazu als gewalttätig. Verwaltungsdokumente, die thematisieren würden, welche Form der Demokratie im Sinne der UN geschaffen werden solle, existieren nicht; unhinterfragt blieb weiterhin die Vorstellung, dass die UN und die französische Verwaltung für Menschenrechte und Gerechtigkeit stünden. Häufig war von politischer Reife, die zu erlangen sei, die Rede; oppositionelle Aktivitäten, wie etwa Petitionen oder Demonstrationen, wurden als Charakteristikum fehlender politische Reife deklariert. In dieser Konstruktion wird die französische Verwaltung zur Bewahrerin von Ordnung und Stabilität und zur einzigen Instanz, die Entwicklung ermöglicht. Sicherheit wird dabei mit Stabilität gleichgesetzt: Der Herrschaftsanspruch darf öffentlich nicht infrage gestellt oder angezweifelt werden.

Aus diesen Narrativen setzt sich die *Grammatik der Sicherheit* zusammen. Ihre Bedeutung variiert über den Untersuchungszeitraum hinweg. Besonders nach den Ereignissen vom Mai 1955 wurde sie diskursiv verstärkt, als die aktuelle sowie zu-

künftige Positionierung Kameruns an die französische Administration geknüpft wurde. In der Zeit der Gewalteskalation ab 1956 wurden die Diskurse um Gewalt und Gefährlichkeit adaptiert und an konkrete Ereignisse angebunden. Hier zeigte sich, dass die Verwaltung sehr klare Vorstellungen über Repräsentation und die zukünftige Staatlichkeit Kameruns hatte und das *image of the state* entsprechend prägte. Alternative Vorstellungen wurden nur in einem sehr engen Rahmen zugelassen und verhandelt, wie ich gezeigt habe. Die französische Verwaltung gründete ihr Handeln auf einem UN-Mandat, welches u.a. Meinungs- und Pressefreiheit vorsah, und verstand sich als legitime Vertretung, eine politische Ordnung aufzubauen, zu verteidigen und durchzusetzen – tatsächlich jedoch erinnerte ihr Handeln eher an koloniale Kontexte. Im folgenden Kapitel (6.2.) wird ermittelt, wie die *Grammatik der Sicherheit* herausgefordert wurde und auf welche Weise sich die UPC konstituierte.

6.2 Die postkoloniale Handlungsmacht der UPC

»Vive Kamerun unifié et indépendant, vive U.P.C., vive ONU!«³⁸
(UPC-Bericht vom 8.5.1957, S-0443-0014)

»Cette victoire, on peut la retarder – comme c'en est actuellement le cas – mais rien ne saurait l'empêcher.«³⁹
(Um Nyobé, Zitat aus La Voix du Kamerun 1963, ADSS Bte 31)

In diesem Kapitel erläutere ich, auf welche Weise die antikoloniale Partei UPC ihre eigenen Vorstellungen zur Zukunft Kameruns formulierte und in Konkurrenz zur französischen Verwaltung Handlungsmacht entwickelte. Im Lauf der Zeit konnte die Partei, basierend auf der Bedrohungs- und Sicherheitskonstruktion der französischen Verwaltung, einen spezifischen Handlungsspielraum entwickeln, welcher die *Grammatik der Sicherheit* prägte. Folgende Fragen leiteten meine diesbezügliche Analyse an: Wie konstruierte die UPC Sicherheit in der damaligen Situation? Welche Vorstellung von zukünftiger Staatlichkeit entwickelte sie dabei? Welche Handlungsmacht konnte die Partei über Sicherheit definieren? Indem ich auf das Konzept der postkolonialen Handlungsmacht zurückgreife, werde

38 Übersetzung: »Lang lebe das vereinte und unabhängige Kamerun, lang lebe die U.P.C., lang lebe die UN.«

39 Übersetzung: »Dieser Sieg kann verzögert werden – wie dies derzeit der Fall ist –, aber nichts kann ihn verhindern.«